

**Torsten W. Remmerbach**  
Chefredakteur Oralchirurgie Journal



## Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ...

... kämen nach der Forschungsgruppe Wahlen die CDU/CSU auf 39 Prozent, die SPD auf 15 Prozent, die Grünen auf 20 Prozent, die FDP auf 5 Prozent, die Linke auf 7 Prozent, die AfD auf 9 Prozent und die Sonstigen auf 5 Prozent. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 2017 kann die CDU von 32,9 Prozent deutlich zulegen, und die SPD verliert knapp 5 Prozent. Umso erstaunlicher mutet es an, welchen Einfluss unsere lieben Genossen in der großen Koalition haben: So hat der Oberfinanzgenosse Olaf Scholz uns doch tatsächlich im letzten Moment die Aufnahme unter den Rettungsschirm verweigert. Damit werden uns Zahnärzten, anders als den Ärzten und Psychotherapeuten, der Anspruch auf eine Ausgleichszahlung für extra-budgetäre Leistungen unter Umsatzgarantien verweigert. Das Ziel dieses Gesetzes war es, die ambulante Versorgung der Bevölkerung während der Corona-Pandemie auch bei reduzierter Inanspruchnahme durch Patienten zu sichern, um drohende Praxisschließungen abzuwenden. Der Klientelpolitik

der Genossen ist es zu verdanken, dass man dem „Feindbild Zahnarzt“ anstatt Ausgleichzahlung nur einen zinslosen Kredit zur Verfügung stellt. Offenbar war es nicht zu vermitteln, dass auch Zahnarztpraxen in der Corona-Krise in eine finanzielle Schieflage geraten könnten und man möglicherweise die Leasingrate für den Porsche 911 Turbo nicht aus den laufenden Einnahmen, sondern vom prall gefüllten Girokonto bezahlen muss. So wurde wieder das gängige Klischee bedient, dass der Zahnarzt zu den Topverdienern in Deutschland gehört und die armen Hausärzte und die ewig klammen Krankenhäuser finanziell unterstützt werden, aber eben nicht der Zahnarzt. Ein kurzer Blick in die Daten des Statistischen Bundesamtes könnten die Augen öffnen und die Wahrnehmungsstörung klar beseitigen: So liegt der Reinertrag (nicht zu verwechseln mit Gewinn oder Einkommen des Arztes/Zahnarztes) bei Kinder- und Jugendmedizinerinnen bei 228.000 Euro und bei Praxen mit dem Fachgebiet Radiologie, Nuklearmedizin und Strahlentherapie bei 850.000 Euro

pro Jahr. Insgesamt erzielen Arztpraxen einen Reinerlös von statistisch 258.000 Euro. Der Reinertrag liegt im bundesdeutschen Durchschnitt für eine Zahnarztpraxis bei 214.000 Euro. Das zeigt eher, dass der Zahnarzt deutlich über seine Verhältnisse lebt und sich eigentlich den 911 gar nicht leisten kann und sich der Radiologe schon wieder darüber ärgert, dass am Quartalsende das Konto schon wieder „voll“ ist und die Bank ein neues Konto eröffnen muss. Man kann nur hoffen, dass bei einer schwarz-grünen Koalition die Zahnärzte zukünftig etwas besser wegkommen ...

[Infos zum Autor]



Ihr Torsten W. Remmerbach